

Sonder Blickpunkt

Editorial



Barbara Emrich

Liebe Freund*innen von pax christi,

die pax christi-Bewegung Diözese Augsburg beschäftigt sich seit vielen Jahren intensiv mit dem Israel-Palästina Konflikt. Unsere Begegnungs- und Solidaritätsreisen nach Bethlehem haben uns mit unterschiedlichen israelischen und palästinensischen Friedensorganisationen in Kontakt gebracht und es ist eine freundschaftliche Verbundenheit zu unserer Partnerorganisation AEI in Bethlehem gewachsen. Wir bekamen Einblick, was es für die Menschen in der Westbank bedeutet unter Besatzung zu leben. Wir waren beeindruckt von dem Mut und dem Engagement von israelischen und palästinensischen Friedensaktivist*innen, die sich gewaltfrei gegen die Besatzung und für Gerechtigkeit einsetzen.

Wir tun dies, weil wir eine Verantwortung für diesen Konflikt um Land spüren, der eng mit unserer deutschen Geschichte, der Schoa und der Gründung des Staates Israel verbunden ist. Das palästinensische Volk hat keine Schuld an der Schoa, trägt aber die härtesten Konsequenzen. 75 Jahre Gründung des Staates Israel – ein Grund zum Feiern – bedeutet auch 75 Jahre Landverlust und Unterdrückung für das palästinensische Volk – ein Grund zum Trauern. Mit diesem Sonderblickpunkt wollen wir über dieses Spannungsfeld informieren, einen kleinen Beitrag der Solidarität mit friedensengagierten Menschen in Israel und Palästina leisten und ihnen eine Stimme geben.

Barbara Emrich

75 Jahre Israel – 75 Jahre Vertreibung der Palästinenser*innen (Nakba)

Verantwortung aus unserer Geschichte

Kaum eine Region der Welt ist so von zwei unterschiedlichen Narrativen zur Geschichte geprägt wie Israel-Palästina. Wenn Israel in diesem Jahr den 75. Jahrestag seiner Gründung am 14. Mai 1948 feiert, gedenken die Palästinenser*innen in diesem Zusammenhang ihrer damit verbundenen Vertreibung und Enteignung, der Nakba – wörtlich Katastrophe.

In der Erklärung von pax christi mit dem Titel „Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden“ heißt es: „Unser Engagement im Nahostkonflikt konfrontiert uns



**75 JAHRE ISRAEL =
75 JAHRE VERTREIBUNG
DER PALÄSTINENSER (NAKBA)
UND KEIN ENDE IN SICHT**

mit der deutschen Schuld an der Ermordung der europäischen Juden in den Jahren 1933 bis 1945. Auch wenn wir persönlich nicht schuldig geworden sind, wissen wir um die bleibende Verantwortung, die aus der Shoa erwächst. Es ist die je aktuelle Erinnerung an die Opfer und das Wissen um die bleibende Mahnung, dass „Auschwitz nicht noch einmal sei.“ (Theodor W. Adorno) So ist unser Eintreten für das Existenzrecht Israels ohne wenn und aber, gleichzeitig steht

pax christi für eine Solidarität mit allen Menschen in Palästina und Israel, die nach gewaltfreien Konfliktlösungen suchen. Wir sehen die Sicherheitslage Israels, aber auch die unerträgliche Situation der Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten. Verletzung von Völkerrecht und Menschenrechten und die Besatzung schweigend hinzunehmen, bedeutet Komplizenschaft mit Unrecht und Gewalt. Eine zukunftsweisende Lösung kann nur für beide Seiten ein Leben in Gleichheit, Sicherheit und Frieden bringen. Mit dem Israeli Rami Elhanan und dem Palästinenser Bassam Aramin von parents circle teilen wir zutiefst ihre Position: „Wir bitten euch nicht darum, pro Israel zu sein. Wir bitten euch nicht darum, pro Palästina zu sein. Aber wir fordern von euch, für den Frieden zu sein! Wir fordern von euch, gegen Ungerechtigkeit zu sein.“ Das ist als christlich motivierte Friedensbewegung unsere bleibende Verantwortung für diese Region und auch weltweit. Versöhnung zwischen Israelis und Palästinenser*innen wird nur möglich sein, wenn beide Seiten dazu bereit sind, sich mit dem Leid und dem Narrativ der jeweils anderen Seite auseinanderzusetzen.

Christian Artner-Schedler

„Das Glück des einen Volkes hängt vom Glück des anderen ab.
Es kann Israel nur gut gehen, wenn es Palästina gut geht,
und es kann Palästina nur gut gehen, wenn es Israel gut geht.“

(Nach Martin Buber)

Historie

Holocaust, Staatsgründung Israels und Vertreibung der Palästinenser*innen

Als im 19. Jahrhundert die Pogrome gegen Jüd*innen besonders in Osteuropa zunahm, suchten die meisten von ihnen Schutz vor Verfolgung in Westeuropa und vor allem in den USA. Entsprechend dem nationalistischen Zeitgeist griffen einige aber auch die Idee auf, im gelobten Land ihrer Vorfahren, im damaligen Palästina, einen eigenen Staat zu gründen. Sie nannten sich „Zionisten“. Aber sie kamen in ein Land, das schon besiedelt war. Um 1850 machten Jüd*innen ca. 3–5 % der Einwohner Palästinas aus. Erst ab 1880 kam es zu verstärkter Zuwanderung und beginnendem Siedlerkolonialismus.

Die Diskriminierung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden in Europa, die im Holocaust ihren grausamen Höhepunkt fand, beschleunigte die Einwanderung nach dem ersten und zweiten Weltkrieg. Am 29. November 1947 stimmte die Vollversammlung der Vereinten Nationen einem Teilungsplan zu, der die Schaffung zweier Staaten im britischen Mandatsgebiet Palästina vorsah, eines jüdischen und eines arabischen. Zu diesem Zeitpunkt waren zwei Drittel der Einwohner des Mandatsgebiets Palästinenser*innen. Nach dem Teilungsplan, zu dem sie nicht befragt wurden, bekamen sie trotz ihrer Mehrheit nur 43 % des Mandatsgebietes zugesprochen, die Jüdinnen und Juden hingegen 55 %. Die Stadt Jerusalem (2 %) sollte unter internationale Verwaltung gestellt werden. Im vorgesehenen jüdischen Landesteil gab es einen arabischen Bevölkerungsanteil von ca. 45 %. Dadurch sah die jüdische Seite ihre Mehrheit gefährdet. Deshalb kam es schon vor der Staatsgründung am 14. Mai 1948 zu massenhaften Vertreibungen der Palästinenser*innen (ca.

300.000) durch jüdische Milizen, zu Massakern wie in Deir Yassin und zur Zerstörung von 200 palästinensischen Dörfern – also lange bevor eine einzige arabische Armee ihren Fuß auf das Mandatsgebiet Palästina gesetzt hatte. Jüdische Milizen eroberten und besetzten auch Gebiete, die für den arabischen Staat vorgesehen waren. Nach der Staatsgründung am 15. Mai 1948 erklärten die arabischen Nachbarstaaten Israel den Krieg und drangen in das Mandatsgebiet ein. Da sie der israelischen Armee unterlegen waren, konnte Israel weitere Landgewinne verzeichnen, und beim Waffenstillstand 1949 hatte Israel 78 % des ehemaligen britischen Mandatsgebiets unter seiner Kontrolle. Zwei Drittel der Palästinenser*innen – nach UN-Angaben etwa 720.000 – waren geflohen bzw. vertrieben worden und 531 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. In Städten wie Jaffa, Haifa oder Westjerusalem wurden palästinensische Häuser, Geschäfte etc. von Jüdinnen und Juden übernommen. In 120 unzerstörten Stadtvierteln und Dörfern wurden 200.000 Jüd-



Zugang zum Flüchtlingslager Aida in Bethlehem.



nen und Juden untergebracht. Aber keiner der vertriebenen oder geflohenen Palästinenser*innen durfte zurückkehren. Ihr Land, ihre Immobilien, Betriebe, Plantagen und Bankguthaben wurden entschädigungslos enteignet. Damit begann ein System der Vorherrschaft und Kontrolle der Israelis über die Palästinenser*innen, das bis heute andauert und das Amnesty International „ein System der Apartheid“ nennt, genauso wie Human Rights Watch, die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem oder der UN-Sonderberichterstatter Michael Lynk.

Der Sechs-Tage-Krieg

Im sog. Sechs-Tage-Krieg eroberte Israel 1967 darüber hinaus den Rest des ehema-

Die Balfour-Erklärung vom 2.11.1917

Lieber Lord Rothschild,
 ich freue mich, Ihnen im Namen seiner Majestät die folgende Sympathie-
 erklärung für die jüdisch-zionistischen Bestrebungen mitteilen zu können, die
 dem Kabinett vorgelegt und von diesem gebilligt wurde. Die Errichtung einer
 nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk wird von der Regierung
 seiner Majestät mit Wohlwollen betrachtet. Sie wird Ihr Bestes tun, um das
 Erreichen dieses Ziels zu erleichtern, wobei unmissverständlich zu betonen ist,
 dass nichts getan werden darf, was die Bürgerrechte und religiösen Rechte in
 Palästina lebender nicht-jüdischer Gemeinschaften oder die Rechte und den
 politischen Status der Juden irgendeines anderen Landes nachteilig betrifft.
 Ich bitte Sie, diese Erklärung der Zionistischen Föderation zur Kenntnis zu geben.
Britischer Außenminister Arthur James Balfour

ligen Palästinas, das Westjordanland („Westbank“), und besetzte auch die syrischen Golanhöhen. In den besetzten Gebieten errichtete Israel ein Besatzungsregime mit Militärrecht, das nunmehr seit 55 Jahren besteht – in eindeutigem Widerspruch zur Vierten Genfer Konvention, die laut Art. 49 eine Besatzung nur zeitlich begrenzt zulässt. In den frühen neunziger Jahren schien sich eine friedliche Lösung des Konflikts abzuzeichnen. Vertreter der Palästinenser*innen und Israels trafen sich in Oslo zu geheimen Verhandlungen, um ein Abkommen auszuarbeiten, das die gegenseitige Anerkennung und einen Gewaltverzicht vorsah. In den daraus resultierenden Oslo-Verträgen von 1993/95 wurde festgelegt, dass die Palästinenser*innen eine eigene Regierung bekommen und dass nach einer Frist von fünf Jahren zwei Staaten nebeneinander bestehen sollten. Die PLO, die politische Vertretung der Palästinenser*innen, erkannte

Israel endgültig an und gab sich mit 22 % des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina zufrieden. Dennoch gibt es nach wie vor keinen eigenständigen Staat Palästina. Vielmehr besteht die Besatzung, wie gesagt, fort und enthält den Palästinenser*innen bis heute wesentliche Grundrechte vor. Die islamistische Hamas-Partei, die 2006 im gesamten besetzten Palästina die Wahlen gewann und seitdem im Gazastreifen herrscht, hat Israel nicht anerkannt und macht eine Anerkennung von einer Lösung des Konflikts abhängig, während die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) unter Mahmud Abbas sich auf ein Sicherheitsabkommen mit Israel eingelassen hat und seither im Westjordanland jede Art von gewalttätigem Widerstand gegen Israel unterbindet.

*Auszug aus der KOPI-Broschüre
 „75 Jahre Israel – 75 Jahre Vertreibung“
 Verfasser Dr. Heinz Gierlich*



Graffiti in einem Flüchtlingslager in Bethlehem.

UNO-Resolution 194

„Die Generalversammlung ... § 11 beschließt, dass denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühest möglichen Zeitpunkt erlaubt werden soll und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum, auf der Grundlage internationalen Rechts oder nach Billigkeitsrecht von den verantwortlichen Regierungen und Behörden Entschädigung gezahlt werden soll.“

Staatsgründung Israel 14. Mai 1948

Aus der Unabhängigkeitserklärung:
 „(Der Staat Israel) wird sich auf die Grundsätze der Freiheit, Gerechtigkeit und des Friedens im Geiste der Propheten Israels stützen. Er wird seinen Bürgern ohne Unterschied von Glaube, Rasse oder Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Gewissensfreiheit, sowie Freiheit der Sprache und Kultur gewährleisten. Er wird die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treubleiben.“



Yad Vashem – Waggon am Abgrund, symbolisch für den Transport in die Vernichtungslager.

Exemplarische Krisenfelder

Die Mauer

Seit 2002 errichtet der israelische Staat eine Sperranlage (Zaun und Mauer), die das Westjordanland vom israelischen Staatsgebiet abtrennt; sie ist inzwischen ca. 700 km lang. Überwiegend verläuft sie auf palästinensischem Gebiet, womit sich der Staat Israel noch einmal 9,4 % der Fläche des Westjordanlands einverleibt hat. 38 palästinensische Ortschaften wurden dadurch von der Westbank abgeschnitten. Schon 2004 hat der Internationale Gerichtshof die Errichtung der Sperranlage auf palästinensischem Boden als völkerrechtswidrig eingestuft. Dennoch geht der Ausbau immer noch weiter.



Siedlungen

Israels Siedlungspolitik verstößt gegen das Völkerrecht. Laut Artikel 49 der IV. Genfer Konvention von 1949 darf eine Besatzungsmacht die Zivilbevölkerung nicht in das besetzte Gebiet transferieren und ansiedeln. Doch seit 1967 wird das Siedlungsunternehmen bis heute von rechten wie linken Regierungen unterstützt. Inzwischen leben über 600.000 Siedler*innen in diesen Gebieten, die aber von frommen und nationalistisch gesinnten



Wasser

Israel kontrolliert 88 % des Wassers der Westbank und bezieht selbst 80 % seines Wassers aus der Westbank und von den Golanhöhen. Ein Israeli bekommt 280 Liter Wasser pro Tag, Palästinenser*innen nur 60 Liter pro Kopf (die WHO gibt 100 Liter pro Tag als Minimum an). Palästinenser*innen dürfen keine Brunnen oder Zisternen ohne israelische Genehmigung anlegen; diese wird jedoch meistens verweigert. Etwa 180.000 bis 200.000 Palästinenser*innen in den ländlichen Gemeinden der Westbank haben keinen Zugang zu fließendem Wasser. Der erst kürzlich überraschend verstorbene deutsche Hydrogeologe Clemens Messerschmidt in Ramallah weist darauf hin, dass der Militärerlass Nr. 92 von 1967 das gesamte Wasser Palästinas als israelisches Wasser erklärt hat.



Der Wasserstand des Toten Meers fällt pro Jahr um ca. einen Meter.

Juden Judäa und Samaria genannten werden. Man muss sich dabei ganze Städte vorstellen, nicht kleine Dörfer. Erst im Dezember 2022 stimmte die Generalversammlung der UN über eine Resolution ab, wonach der Internationale Gerichtshof (IGH) ein Gutachten zur israelischen Besetzung, Besiedlung und Annexion der palästinensischen Gebiete erstatten soll. Deutschland stimmte gegen diese Resolution, eine Mehrheit jedoch nahm sie an.

Übersicht über diskriminierende Regelungen und Maßnahmen

In Israel

1. Rückkehrrecht nur für Jüdinnen und Juden: Jeder Jude weltweit hat das Recht, nach Israel einzuwandern, während dies den vertriebenen oder geflohenen Palästinenser*innen verwehrt ist.

2. Landerwerb: 1948 gehörten 7 % von ganz Palästina Jüdinnen und Juden. Heute sind 93 % Israels in jüdischer Hand und dürfen nur an Jüdinnen und Juden verpachtet werden, während sich die Palästinenser*innen, die 20 % der Bevölkerung ausmachen, mit 7 % begnügen müssen.

3. Neue Ortschaften: Seit 1948 sind in Israel 700 neue jüdische Ortschaften gegründet worden, aber keine einzige palästinensische, obwohl sich die palästinensische Bevölkerung in dieser Zeit vervielfacht hat. Nur im Negev sind einige Ortschaften gegründet worden, in die Beduinen zwangsumgesiedelt wurden und noch werden.

4. Ausgaben: Die Pro-Kopf-Ausgaben für palästinensische Bildungseinrichtungen und Gemeinden allgemein liegen weit unter denen für jüdische Gemeinden.

5. Heirat/Zusammenleben: Palästinensische Israelis können jemanden aus der Westbank oder dem Ausland heiraten, aber der- oder diejenige bekommt kein Aufenthaltsrecht und ist von der Sozialgesetzgebung ausgeschlossen. Ebenso ergeht es Palästinenser*innen in Ostjerusalem.

6. Ungleichheit der Bürger: Das Nationalstaatsgesetz von 2018 besagt, dass Israel das Land aller Jüdinnen und Juden ist; nichtjüdische Bürger haben damit mindestens Rechte.

In den besetzten Gebieten

7. Jüdisierung: Die Zahl der Siedler in der Westbank ist seit 1967 auf 600.000 angewachsen, während die einheimische Bevölkerung – wie erwähnt – weiterhin aus ihrem angestammten Land vertrieben wird.



8. Hauszerstörung: Palästinenser*innen bekommen in der Regel keine Baugenehmigung. Wenn sie trotzdem auf ihrem eigenen Land bauen, wird das Haus abgerissen und die betroffene Familie muss die Kosten dafür tragen – es sei denn, sie zerstört ihr Haus selbst. Israelis bekommen in der Regel problemlos Baugenehmigungen.

9. Hauszerstörung als Strafe: Häufig werden die Häuser von Palästinenser*innen, denen man eine Straftat vorwirft, zerstört und damit Familienangehörige kollektiv für etwas bestraft, was sie nicht getan haben. Das gilt nicht für Israelis. Und es verstößt ebenfalls gegen die Vierte Genfer Konvention.

10. Administrativhaft: In israelischen Gefängnissen sind über 4.000 Palästinenser*innen inhaftiert, kein einziger Israeli in palästinensischen Gefängnissen. Viele sind menschenrechtswidrig ohne Anklage und Urteil weggesperrt. Dieser zynisch „Administrativhaft“ genannte Freiheitsentzug kann jederzeit ohne Angaben von Gründen verlängert werden und betrifft auch Kinder und Jugendliche.

11. Ost-Jerusalem: Israel hat Ost-Jerusalem annektiert, gewährt aber der ansässigen palästinensischen Bevölkerung nur ein Aufenthaltsrecht. Palästinenser*innen

dürfen nicht an den Knessetwahlen teilnehmen. – In Ost-Jerusalem tragen die Palästinenser*innen 40 % zum Steueraufkommen bei, erhalten aber nur 8 % der Ausgaben.

12. Aufenthaltsrecht: Das Aufenthaltsrecht wird entzogen, wenn man länger als drei Jahre nicht vor Ort war oder wenn man als Sicherheitsrisiko verdächtigt wird. Das widerfuhr bislang 140.000 Palästinenser*innen aus der Westbank und 14.000 aus Ost-Jerusalem.

13. Bewegungsfreiheit: Es gibt unzählige Checkpoints, fest installierte oder ‚flying checkpoints‘, sowie Straßensperren, die Palästinenser*innen auf dem Weg zur Schule, zur Arbeit oder zum Einkaufen nur mit Berechtigungsausweis passieren können oder umgehen müssen. Das bringt nicht nur lange Wartezeiten und Umwege mit sich – es bedeutet vor allem eine permanente Demütigung, und das im eigenen Land.

14. Zweierlei Rechtssystem: Für Jüdinnen und Juden gelten auch im Westjordanland die israelischen zivilen Gesetze, für Palästinenser*innen gilt dagegen die viel härtere Militärgesetzgebung.

Zusammenstellung nach KOPI-Broschüre: Christian Artner-Schedler

Interview mit dem Arab Educational Institute



Aus Anlass des Gedenkens an die Staatsgründung Israels und der damit verbundenen Nakba für die Palästinenser*innen hat Till Flamme-Brüne mit unseren Fragen ein Interview mit zwei Vertreter*innen unseres Partners AEI geführt.

Till Flamme-Brüne ist 20 Jahre alt, kommt aus Fulda und leistet seit September 2022 für ein Jahr einen Friedensdienst mit pax christi in Bethlehem. Dort volontiert er beim Arab Educational Institute AEI und dem Lateinischen Patriarchat von Jerusalem. Vielen Dank an dieser Stelle an Till für seine Übersetzungsarbeit für uns. Er sprach für uns mit **Claudette Mubarak**, Leiterin des Sumud Story House Programms und mit dem langjährigen Mitbegründer und Co-Präsident des AEI **Fuad Giacaman**.

Till Flamme-Brüne: Was bedeutet es heute in Bethlehem unter Besatzung zu leben? Besonders für junge Menschen und Frauen?

Fuad Giacaman:

Das Leben in Bethlehem wird schwieriger aufgrund der Eskalation der repressiven Maßnahmen der Besatzung sowie des Fehlens jeglicher Friedensinitiative.



Claudette Mubarak

Außerdem fühlen sich gerade junge Palästinenser verzweifelt und möchten Bethlehem verlassen. Wenige Arbeitsmöglichkeiten, fehlende Rechtsstaatlichkeit und Freiheit sowie Stammeskonflikte sind Gründe dafür.

Einige haben jedoch noch Hoffnung und Sumud (arabisches Wort für Beharrlichkeit), einen gleichberechtigten Staat zu schaffen – auch durch die religiöse Zuneigung zum Heiligen Land.

Till Flamme-Brüne: Wie erlebt AEI gerade die politische Entwicklung in Israel und Palästina, auch in Bezug auf die Besatzung in der Westbank?

Claudette Mubarak:

Das Leben in Palästina unterscheidet sich von jedem normalen Leben in einem anderen Land, da wir unter Besatzung leben, wo unser Leben an die Gesetze und Maßnahmen des Besatzers gebunden ist. Ich bin eine Bürgerin, die in Bethlehem lebt, einer der wichtigsten palästinensischen Städte, die das Ziel christlicher Pilger aus der ganzen Welt ist, da sie der Geburtsort Christi ist. Das erfüllt mich mit Stolz und Segen, aber gleichzeitig ist die Realität des Lebens in Bethlehem nicht so einfach und schön, wie man es sich vorstellt. Die jüngsten und wiederholten Razzien der Besatzer in palästinensischen Häusern, die Verhaftungen, die gezielten

Angst um ihr Leben angesichts dessen, was wir durch die Besatzung und ihre Handlungen erleben, insbesondere angesichts des wachsenden Wunsches meines Mannes und seiner ständigen Aufforderung, aus diesem schmerzhaften Land auszuwandern.

Daher sehe ich keine andere Lösung als Standhaftigkeit und Geduld angesichts der verschiedenen Schwierigkeiten und Sumud in unserem Land, um die Zukunft unserer Kinder zu sichern, unseren Lebensweg fortzusetzen und unsere arabisch-palästinensische christliche Identität zu bewahren.

Fuad Giacaman:

Die derzeitige politische Situation, vor allem in Israel, ist das Ergebnis der neu gewählten rechtsextremen Regierung, welche die politische Situation eskaliert. Gewalt führt zu Gewalt.



Fuad Giacaman

Angriffe auf Aktivisten, die Ermordung unserer Mitbürger sowie die oft ungerechtfertigten Gewalttaten und die Angriffe auf unsere christlichen und islamischen heiligen Stätten führen dazu, dass ich mich als Palästinenserin unsicher und in ständiger Angst um mich selbst, unsere Lieben und unsere Familien fühle. Als Frau und Mutter von zwei Kindern denke ich immer an die Zukunft meiner Kinder in diesem Land, und ich habe ständig

Die Reaktionen der palästinensischen Gesellschaft auf die Angriffe auf heilige Stätten, den Siedlungsbau, die Verhaftungen und die Tötungen wurden von Israel und einigen internationalen Medien als Gewalt bezeichnet.

Die Fortsetzung solcher Aktionen und Reaktionen sowie die israelische Verweigerung unserer Rechte und die Nichtwiederaufnahme echter Friedensgespräche in Übereinstimmung mit den UN-Resolutio-

nen werden die Spannung und Verzweiflung aufrechterhalten.

Till Flamme-Brüne: *Wo soll Palästina und Israel in 10 – 20 Jahren stehen? Gibt es Hoffnungszeichen?*

Claudette Mubarak:

Für mich wird sich unsere palästinensische Sache von jetzt an bis in die nächsten 20 Jahre nicht ändern oder gelöst werden, weil der Besatzer in keiner Weise den israelisch-palästinensischen Konflikt beenden und Lösungen finden will, die beide Seiten zufrieden stellen, auch wenn er dies behauptet.

Ich glaube, dass die israelische Seite versucht, die Bewohner schrittweise aus Palästina zu vertreiben - sei es auf direkte oder indirekte Weise, um ganz Palästina zu besetzen. Die Zweistaatenlösung und die Koexistenz der beiden Völker können vor Ort nicht erreicht werden, wenn die extremistische und gewalttätige Mentalität und die Ausgrenzung des anderen durch den Besatzungsstaat fortbestehen. Daher sehe ich keine bessere Zukunft für Palästina, es sei denn, es kommt zu einem entschlossenen internationalen Eingreifen, um den Konflikt für beide Seiten gleichermaßen zu beenden.

Fuad Giacaman:

Ich kann nicht vorhersagen, was nach 10 oder 2 Jahren passieren wird. Trotzdem glaube ich, dass Israel ein säkularer Staat werden muss, die Besatzung der palästinensischen Gebiete beenden und den Siedlungsbau stoppen muss, wenn es im Nahen Osten koexistieren will.

Ich bezweifle jedoch, dass diese vorgeschlagenen Lösungen ohne Initiative der USA oder europäischer Staaten umgesetzt



Eine ältere Frau schreibt das charakteristische Wort Sumud (arab. Beharrlichkeit) auf die Mauer.



Kinder präsentieren traditionelle Tänze.



Friedensgebet vor der Mauer in Bethlehem.

Arab Educational Institute – AEI – unser Partner

Das AEI, Mitglied von pax christi International, wurde als Initiative von Christen und Muslimen im Jahr 1986 gegründet, um „Hoffnung in die palästinensische Gesellschaft zu bringen und die Botschaft von Bethlehem – Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung – in die Welt zu tragen.“

Seine Ziele sind:

- Förderung des Friedens und gewaltfreier Initiativen
- Entwicklung der Zivilgesellschaft
- Zusammenleben von Christ*innen und Muslimen/Muslimas.

Das AEI arbeitet v.a. mit Schüler*innen, Student*innen, Frauen und Lehrkräften im Raum Bethlehem, Ramallah und Hebron.

www.aeicenter.org

werden können. Deshalb träume ich von einer Ein-Staaten-Lösung, die auf gleichen Rechten für alle Juden, Muslime, Christen und Säkularen basiert und Jerusalem als offene Stadt für alle vorsieht. Justiz, Exekutive und Legislative werden auf der Grundlage ziviler Verfassungen und nicht auf religiöser Grundlage bestimmt. Um die israelischen Befürchtungen in Bezug auf Sicherheit, demografische Veränderungen und andere Sorgen zu zerstreuen, wird der neue Staat entmilitarisiert sein. Eine UN-Friedenstruppe wird so lange stationiert sein, bis echte Sicherheit, Gerechtigkeit und Versöhnung herrschen.

Interview mit Rabbi Or Zohar

„Es gibt keine halbe Demokratie“

Reform-Rabbi Or Zohar lebt in der Misgav-Region in Galiläa und ist Direktor der interreligiösen Gemeinschaft „Spirit of the Galilee“ (www.spiritofthegalilee.org.il). Michael Rösch durfte ihn während des Austauschprogramms in Israel kennenlernen und führte mit ihm dieses Interview. (Übersetzung: Jost Eschenburg, Michael Rösch)



Reform-Rabbi Or Zohar

Was ist Ihre Aufgabe in Galiläa?

Meine Arbeit in Galiläa ist auf das Folgende konzentriert:

1. Für die jüdischen Bewohner der Region eine nachhaltige Option für ein liberales, fortschrittliches und pluralistisches Judentum zu schaffen; eine Alternative zu konservativeren und weniger humanistischen Zugängen in unserer Religion.
2. Arbeit an der Entwicklung einer gemeinsamen Gesellschaft zwischen allen Bewohnern unserer Region, Juden und Arabern in gleicher Weise. Also an einer Gesellschaft, die auf humanistischen Werten von Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit beruht.
3. Ein Zentrum für innovative Spiritualität und Kultur zu schaffen, das mit unseren antiken Traditionen verbunden und zugleich aufmerksam ist für die sich schnell verändernde Welt, in der wir leben und in der die künftigen Generationen leben werden.

Wie ist Ihre Verbindung zu Ihren Nachbarn in Galiläa, die zu einer anderen Kultur oder Religion gehören?

Für mich ist das Leben in einer multikulturellen und diversen Region etwas Wundervolles. In einer Gesellschaft zu leben, in der alle wie ich aussehen, reden, denken und handeln, wäre schrecklich langweilig. In Galiläa haben wir das Privileg und die Freude (und ja, manchmal auch die Herausforderungen), das Leben mit Leuten zu teilen, die aus unterschiedlichen Hintergründen stammen und unterschiedliche Glaubenssysteme und Lebensstile haben. Anders als in anderen Gegenden von Israel, wie im Westjordanland und Ost-Jerusalem, wo die palästinensische Bevölkerung unter militärischer Besatzung lebt, sind in Galiläa alle, Juden und Araber gleichermaßen, israelische Staatsbürger. Mindestens auf dem Papier sind wir alle gleichberechtigt. Obwohl in der Realität die Dinge offensichtlich komplexer sind.

Das Leben in Galiläa stellt natürliche Gegebenheiten für tägliche Beziehungen mit Leuten von verschiedenen Kulturen und Religionen zur Verfügung. Zum Beispiel haben wir in meinem Dorf zwar ein Café und eine Kneipe, aber keinen Supermarkt. Wenn ich also Lebensmittel einkaufen oder einen Arzt aufsuchen muss, gehe ich natürlich in die nächste große Stadt, die zum größten Teil arabisch und muslimisch ist. Darüber hinaus verrete ich die jüdische Bevölkerung in muslimischen, christlichen oder drusischen Festen, wie Weihnachten oder Ramadan oder rufe multikulturelle Veranstaltungen ins Leben.

Auf unsere Leitungsgruppe von „Spirit of the Galilee“ bin ich besonders stolz. Sie besteht aus ungefähr 20 engagierten Mitgliedern: jüdische, christliche, muslimische, drusische, buddhistische Geistliche, aber auch Anhänger der Bahai-Religion. Wir lernen voneinander und schaffen eine gemeinsame spirituelle Sprache, ein Netzwerk von Freundschaften und Zusammenarbeit. Über lange Zeit entwickelte freundschaftliche Beziehungen erweisen sich als nützliches Mittel zur Konfliktlösung und Versöhnung.

Was wird in Israel-Palästina in den nächsten 20 Jahren geschehen? Gibt es Zeichen der Hoffnung?

Als Gläubiger würde ich sagen, dass es immer Hoffnung gibt, selbst wenn die Dinge dunkel und schwierig scheinen. Wir sind nicht Opfer unserer Umstände, sondern wir alle tragen Verantwortung für unsere Umgebung. Die gute Nachricht ist, dass wir diejenigen sind, die die Dinge vermasselt haben. Somit haben wir auch die Macht, sie wieder in Ordnung zu bringen, wenn wir es nur wollen.

Israel ist nun an einem Scheideweg. Die Israelis müssen entscheiden, ob sie den Weg hinab gehen wollen, um eine autoritäre faschistische Theokratie zu werden, oder ob sie eine freie demokratische Gesellschaft sein wollen. Es gibt keine „halbe Demokratie“. Ich glaube, dass jetzt mehr und mehr Israelis zu begreifen anfangen, dass Verweigerung von grundlegenden Menschenrechten für Millionen von Palästinensern unvermeidlich zum Verlust von Menschenrechten auch für Juden führen wird.

Ich glaube, dass die Zeit gekommen ist für alle pragmatischen und friedenssuchenden Menschen in Israel: Israelis, Palästinenser, Juden, Araber und andere sollten sich zusammenschließen und die Wiedererrichtung von Israel als demokratischer Republik mit gleichen Rechten für alle Bewohner fordern.

Was die palästinensische Frage angeht, glaube ich, dass aus verschiedenen Gründen die Idee der Zwei-Staaten-Lösung nicht mehr gangbar ist. Deshalb sollten wir danach streben, eine starke demokratische Republik zu schaffen; vom Fluss bis zum Meer. Eine Republik, die Heimat sein wird sowohl für Juden als auch für Araber, die Wurzeln in diesem Land haben. Wenn wir loyal zu unseren humanistischen Werten stehen, können wir uns zusammenschließen und diese notwendige Veränderung für das Heilige Land erreichen. Hoffentlich werden wir in 10 bis 20 Jahren sehen, wie sich unser Land in diese positive Richtung entwickelt.

Junge Erwachsene aus I'billin und Augsburg tauschen sich über Frieden aus

Begegnungen in Galiläa

Studierende aus Augsburg und Umgebung waren für acht Tage in Israel-Palästina und erlebten eine Fülle an tiefgehenden Eindrücken. Die Katholische Hochschulgemeinde (KHG) Augsburg hatte zusammen mit dem Jugendverband Gemeinschaft Christlichen Lebens (J-GCL) und der Jugendgruppe der christlich-orthodoxen St. Georgs-Gemeinde in I'billin zu einem Austausch mit 30 Personen eingeladen.

Die Vorfreude der deutschen Teilnehmenden war groß, da viele das erste Mal ins Heilige Land reisten. Die Fahrt war zudem ein besonderes Erlebnis, da wir in den arabischen Familien mit israelischer Staatsbürgerschaft untergebracht waren. So konnten wir die Gastfreundschaft, das leckere Essen aber auch die Kultur voll auskosten. In I'billin, das in der Nähe

den Evangelien. Wir erfuhren aber ebenso über das Leben der Palästinenser zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Gerade die Olivenernte und -verarbeitung und die Imkerei wurden uns so nahegebracht. Unterwegs und in den jeweiligen Orten wiesen uns Bas-har, Amjad und Sohil, die Leitung der gastgebenden Gruppe, auf die geschicht-

lichen Hintergründe hin. Die Vertreibungen, Tötungen und Zerstörungen von 1948 sind noch gegenwärtig und viele Wunden noch offen. Umso beeindruckender, dass zahlreiche Menschen, wie Elias Chacour, sich trotz aller Rückschläge nach wie vor für Gewaltfreiheit und Versöhnung einsetzen. Unsere Gruppe konnte den emeritierten Bischof in der multireligiösen Schule in I'billin treffen, die er selbst vor vielen Jahren gegründet hatte.

Wie angespannt die Lage vor Ort ist, mussten wir erfahren, als Unruhen ausbrachen und Raketenbeschuss aufgrund des Einschreitens israelischer Sicherheitskräfte in der Al-Aksa-Moschee stattfand. Zum Glück haben wir bei unserem Besuch in Jerusalem am Gründonnerstag davon nichts bemerkt. In den Kartagen den Ölberg und andere bedeutende Orte im Leben Jesu zu besuchen und innezuhalten, hatte eine besondere Atmosphäre. Das gemeinsame Beten des Vaterunsers in Arabisch und Deutsch sorgte für Gänsehaut-Momente.

Die Freude auf den Gegenbesuch der Jugendlichen aus I'billin ist schon groß. Mitte August sind wir zusammen in der Jugendbildungsstätte Babenhausen untergebracht, führen dort Workshops durch und erkunden die Region mit Ausflügen und werden bei Spielen und Musik wieder jede Menge Spaß haben.



Elias Chacour (Bild mitte) ist israelisch-arabischer melkitisch griechisch-katholischer Geistlicher und emeritierter Erzbischof.

Michael Rösch

von Haifa liegt, wird interreligiöser Dialog großgeschrieben. So besuchten wir am Sonntag vor dem orthodoxen Gottesdienst die Moschee, durch die uns der örtliche Sheikh führte. Da gerade Ramadan war, wurden wir zum Iftar (Fastenbrechen) eingeladen, an dem auch der örtliche Priester Sabah und Rabbi Or Zohar teilnahmen. In kurzen Impulsen und Gesprächen tauschten wir uns über die Bedeutung des Fastens im Judentum, Islam und Christentum aus. Dabei waren wir uns einig, dass Fasten unsere Beziehung zu Gott und unseren Mitmenschen fokussieren und erneuern kann, so dass unser Engagement für Gerechtigkeit und Frieden ebenfalls wachsen kann und soll. Bei unseren Ausflügen erkundeten wir zahlreiche biblische Orte in Galiläa und lasen dazu die passenden Abschnitte aus



Studierende aus Augsburg trafen sich mit der Jugendgruppe der christlich-orthodoxen St. Georgs-Gemeinde in I'billin

Kurzabriss: Geschichte Israel – Palästina

Systematische Einwanderung ab Ende des 19. Jahrhunderts → Theodor Herzl, politischer Zionismus 1896	1956	Suez-Krieg: Israel + England + Frankreich greifen Ägypten an wegen Nationalisierung des Suez-Kanals. Israel besetzt Gaza-Streifen und Sinai-Halbinsel, 1957 auf Druck der USA zurückgegeben.
Bis 1880 lebten in Palästina ca. 450.000 Menschen Davon 24.000 Juden, d.h. ca. 5 %	1967	Sechs-Tage-Krieg: Präventivschlag Israels Besetzung von Gaza und Sinai-Halbinsel, Westbank und Golanhöhen
Zwischen 1892 – 1920 wandern ca. 60.000 Juden nach Palästina ein	1967	UNO-Resolution 242 November 1967: Rückzug aus besetzten Gebieten
1917 Balfour-Erklärung (Zusage des britischen Außenministers für eine Heimstätte für Juden in Palästina) vorher 400 Jahre Türkenbesitz 600.000 Araber ca. 50.000 Juden, d.h. 90 % Araber	1973	Jom-Kippur-Krieg: Angriff auf Israel durch Ägypten, Syrien und Jordanien
Ab 1920 2 Millionen Juden nach USA – Kanada		heute ca. 3,5 Millionen palästinensische Flüchtlinge, in Jordanien und Syrien haben Palästinenser volle Bürgerrechte
Ab 1920 Kibbuzim Bewegung aus sozialistischer UdSSR	1982	Abzug Israels aus der Sinai Halbinsel
30er J. Es entsteht palästinensischer Nationalismus	1987	1. Intifada (Abschüttelung der Besatzung)
1936/37 Aufstand von England blutig niedergeschlagen	1982-2000	Israels Armee dringt wiederholt im Südlibanon ein
1947 UNO-Teilungsplan: 56 % Israel – 42 % Palästina – 2 % Jerusalem jüdischer Bevölkerungsanteil ca. 1/3 Anteil an erworbenem Grund und Boden nur ca. 6 % durch Juden → Bis zur Staatsgründung bereits Bürgerkrieg mit Landeroberungen durch jüdische Widerstandsgruppen	1993	Oslo-Vertrag mit Hoffnung auf friedliche Lösung des Konflikts
1948 Mai: Staatsgründung Israels 1. Israelisch-Palästinensischer Krieg → Flucht ca. 800.000 PalästinenserInnen zwischen November 1947 und November 1949 Staatsgründer David Ben Gurion 1948 1. israelischer Ministerpräsident Ca. 430 palästinensische Dörfer werden 1948/1949 zerstört, wie Deir Jassin April 1948 Dezember 1948 UNO-Resolution 194: Rückkehrrecht der Flüchtlinge	1995	Ermordung Jitzchak Rabins
1949 Friedenskonferenz von Lausanne: Arabische Anrainerstaaten erklären sich bereit, Israel in den Grenzen des UNO-Teilungs-Beschlusses anzuerkennen, wenn gleichzeitig die Flüchtlinge zurückkehren dürfen → Israel lehnt dies ab.	2000	2. Intifada
	2003	ab 2003 wird mit dem Bau einer Sperranlage, einem Sicherheitszaun begonnen, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist
	2005	Räumung des Gaza-Streifens
	2008/09	Gaza-Krieg, Operation Gegossenes Blei
	2012	Gaza-Krieg, Operation Wolkensäule
	2014	Gaza-Krieg, Operation Protective Edge
	2018	Nationalstaatsgesetz
	2021	Israel-Gaza-Konflikt
	2022	5. Wahl zur Knesset innerhalb von 4 Jahren
	2023	bis heute fortgesetzter Siedlungsbau in der Westbank und Ostjerusalem



Forderungen an die deutsche Bundesregierung

- Anerkennung eines unabhängigen Staates Palästina wie 138 UN-Mitgliedsstaaten inkl. Vatikan
- Eintreten für die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel und der damit verbundenen Handelsvorteile
- Einstellung des Waffenexports nach Israel gemäß dem Waffenkontrollgesetz und Einstellung jeder militärischen Zusammenarbeit
- ein Verbot des Handels mit völkerrechtswidrigen Siedlungen und ein Verbot von

tismus und notwendiger Kritik an einzelnen Entscheidungen der israelischen Regierungen engagieren, gegen Anfeindung und Diffamierung als „antisemitisch“

Politisches und diplomatisches Einsetzen gegenüber israelischen Regierungen

- für einen sofortigen Stopp des Siedlungsbaus und einen Plan zur umgehenden Beendigung der völkerrechts-

widrigen Besetzung des Westjordanlandes

- für ein Ende der Blockade des Gazastreifens
- für die grundsätzliche Anerkennung des Rückkehrrechts von palästinensischen Flüchtlingen (von der UNO schon 1948 in der Resolution 194 gefordert)

Bild links: Verbotsschild für Israelis in der Westbank.
Bild rechts: Graffiti von Banksy



Produkten aus diesen Siedlungen oder zumindest die Durchsetzung der auf EU-Ebene längst beschlossenen und durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs bestätigten Kennzeichnungspflicht für Importe aus jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten

- Anerkennung der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) für Israel und Palästina, damit in allen Konfliktparteien diejenigen, die für die Verletzung von Menschenrechten verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden
- Verteidigung aller, die sich für das Ende von Besetzung und Unterdrückung sowie für die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts mit einer differenzierten Unterscheidung zwischen wirklichem Antisemi-

Zochrot (Wir erinnern)



Die Organisation Zochrot wurde 2002 in Israel gegründet. Ihre Mitglieder sind davon überzeugt, dass die zentrale Wunde des Israel/Palästina-Konflikts, die Nakba, aus der Tabuzone im öffentlichen Diskurs geholt werden muss. Zochrot's erste Aktivitäten waren Fahrten zu palästinensischen

Orten, die 1948 zerstört wurden, Hinweistafeln an diesen Orten aufzustellen und deren Existenz bewusst zu machen. Inzwischen nehmen Hunderte von Teilnehmer*innen an solchen regelmäßigen Touren, Kursen und Workshops teil. Dabei sprechen sie gezielt ein jüdisch-israelisches Publikum an, um durch das Aufbrechen dieses tabuisierten Themas eine größere Anerkennung und Übernahme von Verantwortung für die Folgen dieser Politik durch die israelische Gesellschaft zu erreichen.

Zochrot zielt nicht allein auf eine Berichtigung der israelischen Geschichtsschreibung; vielmehr soll selbstkritische Reflexion über die Nakba die gegenwärtige Wahrnehmung des palästinensisch-israelischen Konflikts insgesamt und der Flüchtlings- und der Rückkehrfrage insbesondere verändern.

*Ich wußte ganz klar,
dass der Unterdrückter
ebenso frei sein muss wie
der Unterdrückte.*

*Ein Mensch,
der einen anderen Menschen
seiner Freiheit beraubt,
ist Gefangener seines Hasses,
er ist eingesperrt hinter den
Gittern seiner Vorurteile und
seiner Engstirnigkeit. (...)*

*Als ich die Türen des
Gefängnisses durchschritt,
war dies meine Mission:
zugleich den Unterdrückten
und den Unterdrückter befreien.*

*Nelson Mandela
(aus seiner Autobiographie
»Der lange Weg zur Freiheit«)*

Impressum und Kontakt

Herausgegeben von:

pax christi Diözesanverband Augsburg
pax christi Diözese Augsburg e.V.
Kitzenmarkt 20 · 86150 Augsburg
Tel. 0821 517751 · Fax 0821 4506325
Mail: augsburg@paxchristi.de
Web: www.augsburg.paxchristi.de
Bürozeiten: Dienstag 9.00 – 14.00 Uhr
Donnerstag 9.00 – 16.00 Uhr

Ansprechpartnerinnen:

Friedensreferent: derzeit vakant,
ab 1.6. wieder besetzt
Bürokräft: Gabriela Held

Bankverbindungen:

pax christi Diözesanverband Augsburg:
Pax Bank Köln
IBAN: DE62370601936030214011
BIC: GENODED1PAX
(für die bundesdeutsche Bewegung,
Mitgliedsbeiträge etc.)

pax christi Diözese Augsburg e.V.:
Liga-Bank Augsburg
IBAN DE78750903000000145190
BIC: GENODEF1M05
(für die friedens räume, Spenden etc.)

Redaktion: Christian Artner-Schedler,
Dr. Evi Thomma-Schleipfer (V.i.S.d.P.)

Gestaltung und Seitenlayout:

Tobias Baiter, Schwabmünchen

Alle Fotos privat, wenn nicht anders
angegeben

Druck: Pinus-Druck Augsburg

Dieser Rundbrief ist auf Recycling-Papier
aus 100 % Altpapier gedruckt.

Lindau Hilfe Syrien

Seit Beginn des Syrienkrieges reist Dr. Wahhoud immer wieder von Lindau nach Syrien, um seine zahlreichen Projekte zu organisieren und mit Geldern zu unterstützen. Anfang April ist der Ingenieur von seiner letzten Reise nach Syrien zurückgekehrt und berichtete von dem großen Leid, das das Erdbeben auch in Syrien verursacht hat. Seine Medical Points, die Stadt-Küche in Idlib, die Dorf-Küche in Toubat, die Bäckerei Mahal Hani und die Nähwerkstatt leisteten nach dem Erdbeben zusätzlich eine beachtliche Hilfe. Das Team der friedens räume ist seit vielen Jahren freundschaftlich mit Familie

Wahhoud verbunden. Wer die Lindau-Hilfe für Syrien unterstützen will, hier das Spendenkonto Syrien:

Sparkasse Bayreuth
IBAN DE 69 7735 0110 0038 0975 23

Nähere Informationen:

<https://www.kriegskindernothilfe.de/projekte/projekt-medical-points/>



Dr. Wahhoud in einem seiner Hilfsprojekte.

Termine 2023

Es kann sich immer wieder einmal etwas ändern. Bitte verfolgt daher alle Termine auch auf unserer Webseite www.augsburg.paxchristi.de

8.7.2023	Auftaktveranstaltung für das Ulrichsjubiläum der Diözese Augsburg am Rathausplatz in Augsburg (mit Aktion pax christi Diözesanverband Augsburg)
8.7.2023	Mayors for Peace Flaggentag, Lindau und Augsburg
8.8.2023	Augsburger Hohes Friedensfest
21.9.2023	Weltfriedenstag
14.10.2023	Diözesanversammlung pax christi DV Augsburg
18.11.2023	Denkraum friedens räume Lindau

Weitere Termine der friedens räume findet ihr unter www.friedens-raeume.de